

Presseinformation des Gemeinschaftsschulverbandes Schleswig-Holstein

Gemeinschaftsschulen, die keine eigene Oberstufe haben, brauchen mehr!

Heute wurde die Antwort der Landesregierung auf eine Große Anfrage der SPD-Landtagsfraktion zur Situation der Gemeinschaftsschulen ohne eine eigene Oberstufe veröffentlicht. Sie hat detailliert sichtbar gemacht, was alle wussten: Diese Gemeinschaftsschulen sind starke Systeme, aber sie bekommen nicht, was sie brauchen.

Die Antwort der Landesregierung zeigt, dass sie anspruchsvolle pädagogische Konzepte verfolgen, um ihre Schüler*innen vielfältig zu bilden, von zahllosen Aktivitäten in der Berufsorientierung über 72 Fremdsprachenprojekte bis hin zu vielfältigen Kulturprojekten. Sie beteiligen sich an Wettbewerben, gewinnen Preise und führen Schüleraustausche durch. Die Gemeinschaftsschulen sorgen für die Integration von zugewanderten Schülerinnen und Schülern durch DaZ-Zentren und für die Inklusion von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf.

Die Antwort der Landesregierung zeigt aber auch, dass es in der Versorgung mit Lehrkräften eklatante Ungerechtigkeiten gibt. Gemessen an der Zahl ihrer Schülerinnen und Schüler wurden an Gemeinschaftsschulen ohne eigene Oberstufe im Schuljahr 2024/2025 nur halb so viele Lehrkräfte ausgebildet wie an Gymnasien.

Das liegt an einer Ausbildungsstruktur, die Ausbildung an Schulen ohne Oberstufe systematisch erschwert. Für die Fächer Deutsch, Französisch, Geschichte, Kunst, Spanisch, Sport und Wirtschaft/Politik gab es vier Jahre hindurch keine Studienanfänger*innen für das Lehramt Sekundarstufe I/Gemeinschaftsschulen. Die für die Gemeinschaftsschulen typischen Fächer Weltkunde und Naturwissenschaften lassen sich gar nicht in Schleswig-Holstein studieren.

Master-Absolvent*innen eines „gymnasialen“ Lehramtsstudienganges können aber nur an Schulen mit Oberstufe ausgebildet werden: Gymnasien oder Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe. Die Folge an Schulen ohne eigene Oberstufe: Der Umfang an fachfremdem Unterricht ist hoch und wird bis 2024 noch steigen.

Dieses Ausbildungssystem ist ungerecht. Die Landesregierung muss umsteuern.

Johann Knigge-Blietschau, Cornelia Östreich

Landesvorsitzende des Gemeinschaftsschulverbands

20. April 2026